

Jahreskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder in Dresden,  
11. und 12. Dezember 2023

## Resolution

### Förderlücke in den Bundesprogrammen zur Demokratiestärkung und Asylverfahrensberatung verhindern –Beratungsprojekte nachhaltig sichern

Die Haushaltsaufstellung auf Bundesebene sorgt für erhebliche Verunsicherungen bei den Projektträgern bundesfinanzierter Programme wie z.B. „Demokratie leben!“ und der Asylverfahrensberatung. Sollte es zu keiner schnellen Einigung kommen, besteht die erhebliche Gefahr, dass Angebote der Asylverfahrensberatung und Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt, aber auch die Modellvorhaben und kommunale Partnerschaften für Demokratie in eine Förderlücke geraten, die zu Projektabbrüchen, Entlassungen und Trägerinsolvenzen führen könnten.

Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder fordern den Bund auf, darauf hinzuwirken, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zum Jahresanfang 2024 ohne Förderlücke weitergefördert wird. Dazu ist zumindest ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn schon vor Jahresende zu erteilen.